

## **Der palästinensische Antrag auf Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen am 23. September 2011**

von Reiner Bernstein<sup>1</sup>

### Einführung

*„Wenn arabisches Blut in Palästina fließt, wird notwendigerweise jüdisches Blut anderswo in der arabischen Welt fließen, und zwar trotz aller ernsthaften Anstrengungen der Regierungen, die solche Vergeltungsmaßnahmen verhindern wollen<sup>2</sup>.“*

Der Antagonismus zwischen Juden und Arabern in Palästina blickt auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurück. In ihm finden sich alle Komponenten der heutigen Konfliktmaterien wieder, vor allem die Suche nach politisch-ethnischer Legitimität, nach staatspolitischer Souveränität und der Schutz der Menschenrechte im rund 28.000 Quadratkilometer großen Landstrich zwischen Mittelmeer und Jordan. Insofern kann keine Analyse der politischen Gegenwart ohne die mehrdimensionale Vorgeschichte auskommen.

Der klassische Nahostkonflikt zieht die Aufmerksamkeit in der arabischen Nachbarschaft auf sich und beeinflusst ihre Wahrnehmungen. Nach den jahrzehntelangen Blockaden in den israelisch-palästinensischen Beziehungen werden die Umbrüche in Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien, Libanon und Jordanien das Verhältnis zu Israel neu justieren.

### *Ägypten*

---

<sup>1</sup> Abgeschlossen am 20.12.2011.

<sup>2</sup> Joel Beinin: The Dispersion of Egyptian Jewry: S. 60. Mohammad Hussein Heikal [Heykal], der spätere Publizist und Berater von Gamal Abdel Nasser, gehörte zur ägyptischen Delegation in New York, wo er diese Prognose am 24.11.1947 abgab, also fünf Tage vor dem UN-Teilungsbeschluss.

Nachdem der Oberste Militärrat in Artikel 2 der Verfassungsurkunde vom 30. März 2011 den Islam als Staatsreligion und das islamische Recht als Hauptquelle der Gesetzgebung bestätigt hat, werden nach Abschluss der Parlamentswahlen im Januar 2012 islamische Parteien an jeder Regierung als stärkste Koalitionspartner beteiligt sein; wie 2006 in den palästinensischen Gebieten müssen demokratische Wahlen nicht notwendig zum Sieg demokratischer Parteien führen. Nachdem das Militär als vermeintlicher Stabilitätsfaktor sein Ansehen in der Öffentlichkeit verspielt hat, stehen die Zeichen des Aufbruchs auf Sturm.

Der Friedensvertrag mit Israel wird um Revisionen nicht herumkommen. Als der unermüdliche Verehrer des Landes der Pharaonen, der „Haaretz“-Redakteur Benni Ziffer, kürzlich beim ägyptischen Konsulat in Tel Aviv um ein neues Einreisevisum nachsuchte, wurde ihm die Bitte mit der Entschuldigung abgeschlagen, die Verweigerung nicht als gegen ihn persönlich gerichtet aufzufassen. Israel und Ägypten hätten den kalten Frieden in einen De-Facto-Waffenstillstand verwandelt, schrieb das Blatt zur selben Zeit. Eines Tages werden wir uns nach der guten alten „ Hamas“ zurücksehnen, schrieb Akiva Eldar in derselben Zeitung, nachdem ihn junge Tunesierinnen bei einer Konferenz in Doha mit der Bemerkung zurechtgewiesen hatten, dass die Zeit der politischen Nachsichtigkeit nach der Vertreibung Hosni Mubaraks und Zine El-Abidine Ben Alis vorüber sei.

### *Syrien*

Im Zeichen eines Bürgerkrieges mit Tausenden Toten erscheint das politische Ende Bashar Al-Assads als unvermeidlich. Doch mit seinem Abgang werden die Sorgen vor geostrategischen Verschiebungen nicht geringer. Die Türkei kann sich einen unkalkulierbaren Spannungsherd an seinen südöstlichen Grenzen nicht erlauben, das Regime in Teheran schaut argwöhnisch auf das Überleben des alawitisch-schiitische Regimes in Damaskus. Moskau und Peking beginnen die blutigen Schlachtfelder Syriens neu zu bewerten. Die künftige Stärke der sunnitischen Moslembrüder nach

den Erfahrungen des Massakers in Hama 1982 ist unklar. Ob es „letztlich nur noch um die Frage (geht) ›Demokratie mit oder ohne Baschar al Assad<sup>3</sup>“, darf bezweifelt werden. Jedes künftige Regiment wird an der Rückgewinnung der israelisch besetzten Golanhöhen prinzipiell festhalten<sup>4</sup>, wobei seit langem Kompromissvorschläge auf dem Tisch liegen.

### *Saudi-Arabien*

Obwohl die Öl-Einnahmen seinen Ruf des Reichtums begründen, sollen rund dreißig Prozent der Staatsbürger Saudi-Arabiens und ein noch größerer Prozentsatz der jungen Männer arbeitslos sein. Als auffällig wird der Widerspruch zwischen der außen- und sicherheitspolitischen Orientierung an den USA auf der einen und der strengen islamischen Innenpolitik auf der anderen Seite thematisiert<sup>5</sup>. Im Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt überwiegt noch die politische Mäßigung. Die vom damaligen König Abdullah bin Abdulaziz Al-Saudi vorbereitete Arabische Friedensinitiative vom März 2002 lieferte dafür einen Beleg. Dennoch hatte der König bei der Gipfelkonferenz in Beirut keinen Zweifel daran gelassen, dass „der wichtigste Punkt im Herzen und im Denken jedes Menschen in unserer arabischen und islamischen Nation die Wiederherstellung der legitimen Rechte in Palästina, Syrien und Libanon“<sup>6</sup> sei – eine Anspielung auf die politische Zukunft der palästinensischen Flüchtlingsbevölkerung.

---

<sup>3</sup> Jürgen Todenhöfer: Der syrische Knoten, in FAZ 12.12.2011, S. 10.

<sup>4</sup> Nach den israelisch-syrischen Truppenentflechtungen von 1974/75, vermittelt durch Henry Kissinger, beansprucht Israel heute 1.140 qkm auf den Golanhöhen, die 1980 annektiert wurden.

<sup>5</sup> Guido Steinberg: Saudi-Arabien: S. 11.

<sup>6</sup> Address to the Arab League: Abdullah bin Abdulaziz Al Saud, in „Middle East Policy“ IX(June 2002), S. 22 ff.

### *Libanon*

Im Libanon werden die politischen Würfel neu gemischt werden, wenn in Damaskus die Innenpolitik umfassend in Bewegung gerät und die iranische Führung ihr Verhältnis zur „Hisbollah“ neu ordnen muss. Ohne die Allianz mit Damaskus und Teheran wird die „Partei Gottes“ ihre Strategie des doppelten Spiels überdenken, der Koalitionsregierung in Beirut anzugehören und gleichzeitig als Staat im Staate aufzutreten. Von der politischen Zukunft Libanons werden auch die Qualität und das Ausmaß der Beziehungen zu Israel abhängen.

### *Jordanien*

Jordanien ist wieder einmal schweren Belastungsproben ausgesetzt<sup>7</sup>, die – abgesehen vom beträchtlichen Reformstau im Innern – auf die Vorgänge in der arabischen Nachbarschaft zurückführen. Nachdem die Regierung in Amman Anfang Dezember entschied, dass sie sich nicht an den Sanktionen der Arabischen Liga gegen Syrien beteilige, weil sie auf den Betrieb der Transitstrecken für den Lastwagenverkehr in die Türkei und nach Europa zu achten habe, muss Abdullah II. mehr denn je darauf dringen, dass die israelisch-palästinensischen Verhandlungen – von dem Soziologen Meron Benvenisti verächtlich als „Propagandakampagne“ abgetan, um den Anschein zu erwecken, dass der Status quo zeitlich begrenzt sei<sup>8</sup> – wiederaufgenommen werden und zum Erfolg führen. Abdullahs erzwungene Abdankung würde das Mitspracherecht der Haschemiten für die heiligen moslemischen Stätten in Ost-Jerusalem gemäß dem Friedensvertrag von 1994 gefährden und die Opposition zusätzlich ermutigen.

---

<sup>7</sup> Zur Geschichte umfassend Avi Shlaim: Lion of Jordan.

<sup>8</sup> Meron Benvenisti: Moot Argument, in „Haaretz“ 21.08.2008.

Von westlich geprägter „wahrer Demokratie“ (Catherine Ashton) ist die arabische Welt weit entfernt. Dass vom nationalen Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern der Frieden in der gesamten Region abhängt, wird nur von denjenigen als argumentativer Topos verwendet, die für die wechselvolle arabische Geschichte keine Empathie aufbringen. Von einem Erfolg der Protestwellen mittelfristig eine positive Auswirkung auf den Nahostkonflikt zu erwarten, ist, wie vom Auswärtigen Amt in Berlin und von der Gemeinsamen Mitteilung der Europäischen Kommission im März 2011 erwartet, pure Illusion<sup>9</sup>. Der Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern sollte ein politisches Eigengewicht beigemessen werden, ohne dass eine Verständigung geradewegs als abhängige Variable regionaler Entwicklungen betrachtet wird.

Mitte Dezember ermittelte der wichtigste Umfrageindex, dass nur zehn Prozent der israelischen Bevölkerung an den Fortbestand des Friedensvertrages in der gültigen Fassung glauben und dass nur ein Drittel die Auffassung vertritt, ein Friedensvertrag mit den Palästinensern werde einen günstigen Einfluss auf die Beziehungen der arabischen Welt zu Israel haben<sup>10</sup>.

### I. Zionismus ohne Zion?

*„Kinder revoltieren offen gegen ihre Eltern. Die Älteren sind in Tradition und orthodoxer Inflexibilität gefangen, die Jungen machen ihre ersten Schritte auf*

---

<sup>9</sup> Auswärtiges Amt: Der Umbruch in Ägypten und Tunesien; Europäische Kommission: Gemeinsame Mitteilung.

<sup>10</sup> The Israel Democracy Institute.

*der Suche nach Freiheit von allem Jüdischen. In einem kleinen Ort bei Pinsk haben die Jungen die Thora-Rolle zerrissen. Das spricht Bände<sup>11</sup>.*”

Mit seiner Programmschrift „Der Judenstaat“ von 1896 löste Theodor Herzl eine grundlegende Wende im überkommenen jüdischen Selbstverständnis als einer ethnisch-religiösen Gemeinschaft aus: Sein Weckruf galt dem Kampf gegen den Antisemitismus durch das Mittel der nationalen Sammlung in einem eigenen Staat. Indem sich Herzl vor allem an die Juden Osteuropas mit dem Ansinnen wandte, das „Joch der Thora“ zugunsten eines säkularen Konzepts abzuwerfen, ein „Volk unter den Völkern“ zu werden, schob er bewusst die Heilstheologie des rabbinischen Judentums beiseite und erntete dafür heftigen Widerspruch.

So fürchtete der „Kulturzionist“ und als „agnostischer Rabbi“ apostrophierte Achad Haam („Einer aus dem Volke“: Asher Ginsburg 1856 – 1929) einen Judenstaat ohne Judentum, während sich der Zionist Jacob Klatzkin (1882 – 1948) gegen die „Einsetzung eines Surrogats für die Religion“ verwahrte. Selbst der erste Rektor der Hebräischen Universität in Jerusalem, der liberale Judah L. Magnes (1877 – 1948), lehnte die Konstituierung eines neuen „Weltvolkes“ gleich allen Völkern strikt ab<sup>12</sup>. Insofern war die israelische Unabhängigkeitserklärung von 1948 ein Kompromiss widerstreitender Anliegen, „das geistige, religiöse und politische Wesen“ des jüdischen Volkes in seiner Verbundenheit mit dem Lande Israel zusammenfassen zu wollen.

Die vollständige Kehrtwendung seither springt öffentlich ins Auge: Der Vollzug von Politik, der Durchgriff des Rechtsstaats und die Geltung der

---

<sup>11</sup> (Chaim Weizmann:) The Letters and Papers of Chaim Weizmann. Vol. II/Serie A. November 1902 – August 1903. London 1971, S. 302. Die Eintragung stammt aus dem Jahr 1902.

<sup>12</sup> Reiner Bernstein: Friede oder Frieden oder Religion gegen Politik, in „Jüdische Zeitung“ (Berlin) Oktober 2010, S. 17.

demokratischen Normensysteme werden durch herrische Verweise auf biblisch-talmudische Quellen und Überlieferungen herausgefordert. An die Stelle des von Menschenhand gesuchten Friedens soll der göttliche Friede als Verheißung treten:

„ER wird Frieden in Seiner Höh' machen, ER wird Frieden für uns machen und für ganz Israel. Und sagt Amen, sagt Amen“,

lautet der Text in einem der bekanntesten liturgischen Lieder. Analog lesen wir im Brief des Paulus an die Philipper: „Denn der Friede Gottes ist höher als alle Vernunft“ (Phil. 4,7).

### *Die britische Politik mit Folgen*

Die Doppelbödigkeit der britischen Balfour-Deklaration vom November 1917, *in* Palästina eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk zu unterstützen, wurde durch die Bestimmung des Völkerbundsmandats bestätigt, kein jüdisches Nationalheim in *ganz* Palästina zuzulassen. Dass Großbritannien im September 1922 das Mandatsgebiet teilte und jenseits des Jordans das Emirat Transjordanien etablierte, erbitterte den „harten Kern“ der zionistischen Bewegung einmal mehr und beruhigte keineswegs die arabische Führung mit dem Mufti Amin El-Husseini an der Spitze. Die Zahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen stieg. Aufgrund der Flüchtlingswellen aus Deutschland legte die britische Peel-Kommission 1937 einen Bericht vor, der das Land weiter teilen sollte. Im Mai 1942 beschlossen unter dem Eindruck des Holocaust in Europa und britischer Widerstände gegen die Freigabe der Einwanderung für die Verfolgten 586 zionistische Delegierte im New Yorker Biltmore-Hotel die Gründung eines jüdischen Staates.

Mit britischer Unterstützung wurde am 22. März 1945 die Charta der Arabischen Liga verabschiedet. Im November fanden die ersten antizionistischen Demonstrationen in Kairo und Alexandria statt. Am 22. März 1946 wurde das Emirat Transjordanien in das Haschemitische Königreich

umgewandelt. Im September 1946 verlangten Delegationen arabischer Staaten bei einer „Round Table“- Konferenz in London einen unitarischen Staat für Palästina: In ihm sollte die arabische Mehrheit gesichert und den Juden volle bürgerliche Rechte zugesichert werden. Am 02. März 1947 gab das britische Kabinett das Mandat an die im Juni 1945 gegründeten Vereinten Nationen zurück und wollte weitere Beschlüsse abwarten.

## II. Die Jahre 1948 bis 1967

*„Alle dachten, dass das Wort ›Staat‹ einen Neuanfang bedeuten würde nach all dem, was in Europa geschehen war, nach den ›Unruhen‹ der Araber und den Schikanen der Briten. Jetzt werden die Juden einen eigenen stabilen Staat haben. Ein ganzes Volk hing dieser einen Idee nach – die Juden werden einen Staat haben<sup>13</sup>.“*

Am 29. November 1947 beschloss die UN-Vollversammlung mit 33 gegen 13 Stimmen bei zehn Enthaltungen – die arabischen Delegationen hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen, arabische Vertreter aus Palästina waren offiziell nicht vertreten – die Schaffung eines jüdischen und eines arabischen Staates in Palästina mit dem „Corpus separatum“ Jerusalem und Bethlehem; die Interpretation, was „jüdisch“ und „arabisch“ meint, wurde den Parteien überlassen.

Dem „jüdischen Staat“ sollten 55 Prozent Palästinas (14.500 Quadratkilometer) zustehen, in dem 500.000 Juden und 430.000 Araber gelebt hätten. Dem „arabischen Staat“ wollten die Vereinten Nationen 44 Prozent Palästinas (11.400 Quadratkilometer) überlassen; in ihm würden 820.000 Arabern und 10.000 Juden leben. Da der territoriale Flickenteppich keine unabhängige Entwicklung erlauben würde, schloss der Teilungsplan

---

<sup>13</sup> S. Yizhar: Der Moment vor Ausbruch des Krieges, in Nissim Mishal: Und jene 50 Jahre... 50 [Jahre] Staat Israel. Tel Aviv 1997, S. 15 (Hebr.).



eine Wirtschaftsunion ein. Der US-amerikanische Historiker Rashid Khalidi meinte später, dass der jüdische Staat aufgrund der Geburtenüberschüsse über kurz oder lang zu einer arabischen Mehrheit geführt hätte.

Ende 1947 informierte die „United Nations Commission on Palestine“ den Sicherheitsrat, „dass mächtige arabische Interessen außerhalb und innerhalb Palästinas die Resolution der Vollversammlung trotzen und offen die vorgesehene Regelung mit Gewalt ändern wollen“. Bis April 1948 verlor Palästina durch Flucht und Vertreibung rund 400.000 Araber. Am 14. Mai 1948 proklamierte David Ben-Gurion in Tel Aviv den Staat Israel. Ende 1948 war die Zahl der arabischen Flüchtlinge auf 700.000 bis 750.000 angeschwollen. Am 07. Januar 1949 wurden an allen Fronten die Kampfhandlungen eingestellt, Israel unterzeichnete unter Vermittlung des stellvertretenden UN-Generalsekretärs Ralph Bunche Waffenstillstandsverträge mit Ägypten, Libanon, Jordanien und Syrien. An Friedensverträgen hatten letztere kein Verlangen, weil sie dem Staat Israel keine Überlebenschance einzuräumen gedachten.

Am 23. Januar 1950 erklärte Israel den Westteil Jerusalems zu seiner Hauptstadt. Am 04. April annektierte Jordanien mit stillschweigender israelischer Zustimmung die Westbank und Ost-Jerusalem, was bei der Arabischen Liga umgehend auf Ablehnung stieß. Am 01. Mai übernahm das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen („UN Relief and Works Agency“ [UNRWA]) von den „American Friends Service Committee“ – den Quäkern – erste Versorgungsleistungen für die arabischen Flüchtlinge. Die Ursprungsfassung der internationalen Flüchtlingskonvention definierte einen Flüchtling als

– eine Person, die gezwungenermaßen außerhalb des Landes seiner nationalen Zugehörigkeit lebt und nicht in der Lage ist, den Schutz des Landes seiner Zuflucht in Anspruch zu nehmen, oder

– eine Person ohne Staatsbürgerschaft, die außerhalb ihres gewöhnlichen Wohnorts leben muss und nicht dorthin zurückkehren kann<sup>14</sup>.

Die Konvention konnte sich nicht auf den Status von Personen einigen, die eine neue Staatsbürgerschaft erworben hatten oder dies beabsichtigten. Gemäß einer von arabischer Seite betriebenen Revision wurden Kinder, Enkel und Urenkel in UNRWA-Leistungen einbezogen, soweit sie registriert waren; nach UNRWA-Angaben handelt es sich gegenwärtig um rund 4,8 Millionen Leistungsberechtigte<sup>15</sup>, einschließlich der Flüchtlinge nach dem Junikrieg 1967 und ihrer Nachkommen. Dem späteren arabischen und palästinensischen Beharren, dass die Resolution 194 der UN-Vollversammlung vom Dezember 1948 die Durchsetzung eines kollektiven Rückkehrrechts mit dem Recht auf Selbstbestimmung festlege, steht die Logik einer Zweistaatenregelung entgegen.

Neunzehn Jahre später betonte die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates nur allgemein die „Notwendigkeit, eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem zu finden“, und bettete sie in ein politisches Gesamtableau ein. Der israelisch-ägyptische Friedensvertrag von 1978, die Osloer Vereinbarungen von 1993/95 sowie der israelisch-jordanische Friedensvertrag von 1994 verlagerten das Problem in einen Sonderbeauftragten, auf einen Ständigen Ausschuss oder in den Zeitraum bis Mai 1999.

### III. Die Paradigmenwechsel seit 1967

*Der Zionismus ist „eine kolonialistische Bewegung von Anbeginn, aggressiv und expansionistisch in ihren Zielen, rassistisch*

---

<sup>14</sup> Ruth Lapidot: Legal Aspects of the Palestinian Refugee Question.

<sup>15</sup> Office of the United Nations Special Coordinator for the Middle East Peace Process, S. 11.

*und auf Trennung angelegt in ihren Formen und faschistisch in seinen Mitteln und Absichten*<sup>16</sup>.

*„Das ist die Bedeutung unseres Sieges: Er tilgte gegen alle praktischen Absichten die Unterscheidung zwischen dem Staat Israel und dem Land Israel. Zum ersten Mal seit der Zerstörung des Zweiten Tempels ist das Land Israel in unserer Hand. Seither sind der Staat und das Land eine Einheit*<sup>17</sup>.“

Die Vorgeschichte des Krieges zwischen dem 05. und 10. Juni 1967 steht für schleichende Eskalationen, für die Fehleinschätzung von Bedrohungen, für den Verzicht auf Alternativen zum Krieg, für die öffentliche Hysterien – und für erste Anzeichen, im Konflikt den Territorialstreit an religiöse Komponenten abzutreten.

Kurz vor Kriegsausbruch beklagte der spätere Mentor der Siedlungsbewegung Zvi Yehuda Kook (1891 – 1982) die Teilung des Landes Israel seit 1948. Für apologetische Beschränkungen sollte es keinen Bedarf mehr geben, nach der Bescheidenheit in der britischen Mandatszeit – „hier ein Dunam, dort ein Dunam“, hatte es in einem populären Volkslied geheißen – wurde die zionistische Ideologie um eine Dimension erweitert, die als Neo-Zionismus bekannt geworden ist. Der Historiker Tom Segev hat seinem Buch zur Geschichte des 6-Tage-Krieges den bezeichnenden Untertitel „Israels zweite Geburt“ gegeben.

Auch der arabische Nationalismus machte schrittweise einer Synthese aus Politik und Islam Platz. Dass Anfang September die arabische Gipfelkonferenz in Khartum die drei Neins

– kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels und keine Verhandlungen mit Israel –

---

<sup>16</sup> Aus der Gründungsurkunde der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vom Ende Mai 1964 in Ost-Jerusalem.

<sup>17</sup> So der Dichter Nathan Alterman (1910 – 1970) in der Zeitung „Maariv“ am 16.06.1967.

besiegelte, mag heute wie das letzte Aufbäumen einer politisch motivierten Ablehnung erscheinen. Die Charta von „ Hamas“ aus dem Jahr 1988, die ganz Palästina als islamisches Stiftungsland auswies, und der Aufstand seit dem Herbst 2000 mit dem Namen „Al-Aqsa-Intifada“ lassen die religiös determinierten Ansprüche deutlich erkennen.

Am 26. Juni 1967 legte das israelische Kabinett die neuen Grenzen Jerusalems fest, wodurch die Ausdehnung der Stadt von 38 auf 70 Quadratkilometer – einschließlich der Eingemeindung von 28 arabischen Dörfern mit 70.000 Bewohnern – wuchs. Einen Tag später verabschiedete die Knesset ein Gesetz, wonach sich Israels „Recht, Gerichtsbarkeit und Verwaltung auf jedes Gebiet des Landes Israel erstrecken soll, das von der Regierung durch Verordnung dazu bestimmt wird“. Am 17. Juli präsentierte Arbeitsminister Yigal Allon den nach ihm benannten Plan zur Annexion von Hebron und Umgebung, der Jordansenke sowie der Golanhöhen. Ende Februar 1968 präsentierte Innenminister Chaim Moshe Shapiro drei Verfügungen, wonach die besetzten Gebieten nicht länger als „feindliches Territorium“ gelten sollten.

#### *Die UN-Resolution 242*

Im November 1967 verabschiedete der Sicherheitsrat eine Resolution, die jahrzehntelang für Interpretationsstreit sorgen sollte. In der Präambel ohne Rechtswirkung wurde „die Unzulässigkeit des Erwerbs von Territorien durch Krieg“ betont, während im Forderungskatalog in der englischen Fassung von einem Rückzug israelischer Streitkräfte „aus Gebieten“ und in der französischen Fassung von einem Rückzug „aus den Gebieten“ die Rede war. Obwohl die einschlägigen UN-Resolutionen und europäische Erklärungen regelmäßig auf die Entschließung Rekurs nehmen, ist ihre Substanz längst überholt und ad absurdum geführt worden.

*Israels fortwährender Rechtsstandpunkt*

1968 veröffentlichte Yehuda Z. Blum, Dozent für internationales Recht an der Hebräischen Universität und später UN-Botschafter, einen Beitrag unter dem Titel „Der fehlende Antragsteller“. Darin vertrat er die Auffassung, dass der „Rechtsstandpunkt Israels in den infrage stehenden Gebieten der eines Staates ist, der rechtlich ein Gebiet kontrolliert, auf das kein anderer Staat einen besseren Titel vorweisen kann“. Für den bis 1975 amtierenden Generalstaatsanwalt Meir Shamgar war das internationale Recht nicht mehr als „eine komplexe intellektuelle Konstruktion“. Es operiere nicht in einem Vakuum, sondern stehe in engstem Kontakt mit Fakten, füge Meir Rosenne hinzu, der den Regierungen als Rechtsgutachter zur Verfügung stand. Der langjährige Chefredakteur der „Jerusalem Post“ David Landau räumte ein, dass auch er von einer „neo-messianischen Erfahrung“ gefangengenommen war:

„Wir fühlten, als ob die Vision der Propheten wahr geworden wäre und wir ihre Werkzeuge seien<sup>18</sup>.“

Die Regierung konnte dem Drängen aus der „Bewegung für das ganze Land Israel“ nicht Herr werden und begann, der Kombination aus exaltierter religiöser Leidenschaft und nationalistischem Extremismus hinterherzulaufen. Einzelne Kabinettsmitglieder, zu denen Shimon Peres gehörte, unterstützten tatkräftig die Siedlungspolitik, die schon bis 2004 öffentliche Mittel in Höhe von 40 Milliarden US-Dollar verschlungen haben soll<sup>19</sup>, bis 2009 hätten allein für die Siedlungen, das Straßennetz und für 868 öffentliche Einrichtungen 17 Milliarden US-Dollar bereitgestellt werden müssen<sup>20</sup>. Ariel Sharon beauftragte 2004 unvorsichtigerweise eine ranghohe Mitarbeiter des

---

<sup>18</sup> Silvan Rahav-Meir and Yedidia Meir: Religious Zionism – disengaged, in „The Jerusalem Post“ 12.04.2006 (Interview mit David Landau).

<sup>19</sup> Meron Benvenisti: Son of the Cypresses: Memories, Reflections and Regrets from a Political Life. Berkeley: University of California Press 2007, S. 200.

<sup>20</sup> Chaim Levinson: Settlements have cost Israel 17\$ Billion Study says, in „Haaretz“ 23.03.2010.

Justizministeriums mit einer Untersuchung über die Entstehung der sogenannten illegalen Außenlager der Siedlungen mit dem Ergebnis, dass Talia Sasson herausfand, das Wohnungsbauministerium habe dort seit 2000 mindestens 16 Millionen US-Dollar investiert<sup>21</sup>. Für Menachem Klein existiert die Grenze vor 1967 nur noch in internationalen juristischen Textbüchern<sup>22</sup>.

### *König Husseins gescheiterter Konföderationsplan*

Nachdem im März 1972 König Husseins Föderationsplan für ein „United Arab Kingdom“ unter Einschluss der Westbank und des Gazastreifens gescheitert war, unternahmen er und Yasser Arafat 1985 den zweiten Versuch einer „Konföderation Arabischer Staaten Jordanien und Palästina“ auf der Grundlage zweier nationaler Souveränitäten. Doch zu dieser Zeit hatte der Jerusalemer Soziologe Meron Benvenisti in seinem „West Bank Data Project“ schon behauptet, dass die israelische Politik vollendete Tatsachen geschaffen habe. Ende Juli 1988 gab König Hussein die Souveränität über die 1950 annektierten Gebiete auf. Im November 1988 proklamierte der Palästinensische Nationalkongress – das Exilparlament – in Algier zum ersten Mal den Staat Palästina „auf unserem palästinensischen Territorium mit seiner Hauptstadt Jerusalem“.

Für den Schriftsteller A.B. Yehoshua hat der Zionismus mit seiner Metamorphose zu einer Theologie, wonach Israel das Land des von Gott aufgetragenen nationalen Schicksals sei, seine Funktion tragisch verfehlt, die beste Lösung für das jüdische Volk zu sein. Nach seinen Worten ist die Diaspora das solideste Faktum in der jüdischen Geschichte<sup>23</sup>. Die Hoffnung auf den eigenen Staat wollten andere nicht aufgeben, auch wenn es sie

---

<sup>21</sup> Menachem Klein: *The Shift: Israel-Palestine from Border Struggle to Ethnic Conflict*. London 2010, S. 72.

<sup>22</sup> Menachem Klein: *The Shift: Israel-Palestine from Border Struggle to Ethnic Conflict*. London 2010, S. 6.

<sup>23</sup> A.B. Yehoshua: *People without a land*, in „Haaretz“ 12.05.2006.

schmerze, wie sich das zionistische Kollektiv im Prozess des Selbstmords befinde<sup>24</sup>.

### *Oslo: Die zementierte Unebenbürtigkeit*

Die Osloer Vereinbarungen von 1993 und 1995 verschafften den Palästinensern keine Völkerrechtsqualität. Statt in den Staat zu führen, förderten sie die Zementierung der Unebenbürtigkeit<sup>25</sup>, die Arafat im Zuge einer „fortschreitenden Erosion“ die „Krumen der Autonomie“ eintrugen<sup>26</sup>. Eine Ratifizierung durch die Knesset brauchte nicht zur Debatte zu stehen.

Wenn „Völkerrecht“ vornehmlich die Rechtsordnung zwischen Staaten meint, so konnte sich Israel regelmäßig darauf zurückziehen, dass Grundsätzen der IV. Genfer Konvention vom 12. August 1949 kein besonderes politisches Gewicht beikomme, soweit sie über Verpflichtungen gemäß dem humanitären Völkerrecht hinausgehen. Ein entsprechendes Urteil ist auf die UN-Charta mit ihrer Vorkehrung in Kapitel I übertragbar, wonach „die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates“ nicht verletzt werden darf. Insofern zielt jüngst das Positionspapier der in Ramallah ansässigen Menschenrechtsorganisation „Al-Haq“ („Die Gerechtigkeit“) ins Leere, wenn es den Vorschlag der PLO, mit Israel einen 1,9-prozentigen Gebietsaustausch vorzunehmen, mit der Begründung zurückweist, er sei mit der Genfer Konvention nicht vereinbar. Der Sicherheitsrat unterließ, wie der Völkerrechtler Eyal Benvenisti kritisch ausgeführt hat, eine Entscheidung, wonach das Besatzungsrecht auf die

---

<sup>24</sup> So der in Tel Aviv Soziologe und Anthropologe lehrende Yehuda Shenhav aus Anlass der Vorstellung seines neuen Buches „Die arabischen Juden; Nationalismus, Religion und Ethnizität“ (hebr.) durch Dalia Karpel: It could have been a paradise here, in „Haaretz“ 29.10.2003. Inzwischen liegt das Buch auch in englischer Sprache vor mit dem Titel „The Arab Jews: A Postcolonial Reading of Nationalism, Religion, and Ethnicity“ (Stanford University Press 2006).

<sup>25</sup> Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden: Kap. II.

<sup>26</sup> Mordechai Bar-On: The Impasse and the Alternative, in „Palestine-Israel Journal“ VII(2000)3&4, S. 15 ff.

palästinensischen Gebiete anzuwenden sei<sup>27</sup>. Die israelische Auffassung konnte sich bestätigt fühlen, dass die Gebiete Teil der Innenpolitik seien.

#### IV. Israel am Scheideweg

*„Sogar die besten und aufgeklärtesten unserer Freunde wissen nicht mehr weiter, wenn die Sprache auf uns kommt“<sup>28</sup>.*

In Israel ist der Marsch durch die staatlichen Institutionen durch rechtsgerichtete funktionstüchtige Beziehungsgeflechte abgeschlossen. Selbst Politiker und Intellektuelle mit weltanschaulich konservativem Zuschnitt spüren inzwischen das Gefahrenpotential des nie dagewesenen scharfen Rechtsrucks, unter dessen Schirm sich ein neuer Gesellschaftsvertrag auf der Basis letztinstanzlicher religiöser Rechtsprinzipien breit zu machen sucht. Ein neuer Gesellschaftsvertrag auf der Basis letztinstanzlicher religiöser Rechtsprinzipien macht sich breit. Jüngste Belege sprechen für sich:

- Anfang Dezember 2012 mussten Polizisten dafür sorgen, dass im ultraorthodoxen Jerusalemer Stadtviertel „Mea She’arim“ („Hundert Tore“) nach zwei Jahren der Unterbrechung der öffentliche Nahverkehr wieder aufgenommen werden konnte.
- Mitte Dezember ging ein Schrei der Empörung durch die Öffentlichkeit, als eine Frau auf der Fahrt von Ashdod nach Jerusalem von orthodoxen Juden gezwungen werden sollte, sich im hinteren Teil des Busses einen Sitzplatz zu suchen.

---

<sup>27</sup> Eyal Benvenisti: Die International Law of Occupation. Princeton and Oxford 1993, S. vii ff.

<sup>28</sup> Ari Shavit: Israel is losing the ‚base‘ in the democratic West, in „Haaretz“ 08.12.2011.



- Das Finanzministerium räumte ein, dass die Inspektion einer Talmud-Thora-Schule („Yeshiva“) nach heftigen Protesten orthodoxer Minister und Knesset-Abgeordneter abgebrochen wurde. Zur selben Zeit teilte das Erziehungsministerium mit, dass in 65 Prozent aller religiösen Grundschulen keine Koedukation mehr stattfindet; vor zehn Jahren waren es noch 25 Prozent.
  
- In nur 40 Prozent der ultraorthodoxen Oberschulen werde Englisch und Mathematik gelehrt, berichtete die Statistikbehörde. Wenn der mangelnden Qualifizierung für den Arbeitsmarkt kein Einhalt geboten werde, schrieb das Jerusalemer „Taub Center“ im Frühjahr 2010, wären in dreißig Jahren nicht weniger als 78 Prozent der Bevölkerung Israels von Sozialtransfers abhängig.

Im „kosmischen Kampf zwischen Gut und Böse“<sup>29</sup> hat die systematische Unterwanderung auch vor dem Militär nicht haltgemacht<sup>30</sup>. Ansonsten hätte Moshe Katzav in seiner Amtszeit als Staatspräsident von der Idee Abstand genommen, die Streitkräfte zu den „Instrumenten der Erlösung Israels“ zu erklären, und das Befehlsmonopol gegenüber randalierenden und gewalttätigen Siedlern wäre noch intakt. Schulklassen sind angehalten, die heiligen jüdischen Stätten in der Westbank und die Siedlungen zu besuchen, damit das Heimatgefühl frische religiöse Wurzeln schlage. Denn die Reklamierung geschichtlich begründeter Ansprüche auf „Judäa und Samaria“ allein erweist sich als problematisch, weil Muslime und Christen ihre nach Jahrhunderten zählende Präsenz überzeugender präsentieren können.

Das Vorhaben, die Ton-Verstärkung von Kirchenglocken und moslemischen Gebetsrufen vom Minarett zu unterbinden, reiht sich in das Bemühen ein, der

---

<sup>29</sup> Baruch Kimmerling: *Between the Primordial and the Civil Definitions of the Collective Identity*, S. 262 ff.; Menachem Friedman: *The Ultra-Orthodox and Israeli Society*, S. 177 ff.

<sup>30</sup> Vgl. etwa Yoram Peri: *Patriots for us*, in „Haaretz“ 25.03.2005, sowie jüngst Amos Harel: *The ultra-Orthodox are changing the face of the IDF*, in „Haaretz“ 18.11.2011.

palästinensischen Bevölkerung den genuinen Boden zu entziehen. Belege werden produziert, wonach die Muslime zwischen 1845 und 1947 aus Afrika, Saudi-Arabien sowie dem Mittleren Osten einschließlich Afghanistans und Indiens eingewandert seien<sup>31</sup>. Die Palästinenser seien ein „erfundenes Volk“, denen kein Staat zustehe, sekundierte der US-republikanische Präsidentschaftsbewerber Newt Gingrich.

Meinungsumfragen unter jungen Leuten zwischen 15 und 24 Jahre ergaben im Juli 2010, dass seit 1998 der Anteil jener, die sich für die Demokratie aussprechen, von 26 auf 14 Prozent gefallen sei<sup>32</sup>. Wenn man die antiliberalen Gesetzesinitiativen der letzten zwei Jahre Revue passieren lasse, komme man um den Schluss nicht herum, dass die Regierung vom Selbstbild Israels als westlichem Staat Abschied genommen habe<sup>33</sup>. Wie zur Beruhigung besorgter Stimmungen ermittelte im November ein Meinungstest, 59 Prozent der jüdischen Israelis würden nicht daran glauben, dass eine Regierung mit einer religiösen Mehrheitsbeteiligung demokratisch regieren und Minderheitenrechte schützen könne; sogar 64,5 Prozent fürchteten sich vor einer religiösen Radikalisierung<sup>34</sup>.

## V. Der palästinensische Antrag in New York

*„Unsere Bemühungen zielen nicht auf die Isolierung Israels*

---

<sup>31</sup> Yoram Ettinger: Who are the Palestinians?, in „Israel heute“ 14.12.2011 (Hebr.). Der im Ruhestand befindliche Autor gilt als Spezialist für die Beziehungen zu den USA. Die Tageszeitung steht weit rechts.

<sup>32</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung and Macro Center for Political Economics: All of the Above: Identity Paradoxes of Young People in Israel. Herzliya, 31 March 2011, zit. in „Journal of Palestine Studies“ # 160, XL(Summer 2011)4, S. 214 ff.

<sup>33</sup> Carlo Strenger: Israel verabschiedet sich vom Westen, in „Haaretz“ 09.12.2011 (Hebr.).

<sup>34</sup> The Israel Democracy Institute.

*oder auf seine Delegitimierung; vielmehr wollen wir die Legitimität für die Sache des Volkes von Palästina gewinnen. Wir wollen nur die Siedlungsaktivitäten, die Besatzung und die Apartheid sowie die Logik der rücksichtslosen Gewalt delegitimieren...<sup>35</sup>*

*„Meine Damen und Herren, In Israel schwindet unsere Hoffnung auf Frieden niemals dahin<sup>36</sup>.“*

Am 23. September 2011 stellte die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), vertreten durch die Palästinensische Autonomiebehörde, die Bewerbung um Vollmitgliedschaft Palästinas bei den Vereinten Nationen vor. Sie ist die Konsequenz des Scheiterns der politischen Diplomatie.

Im Sommer 2009 hatte Salam Fayyad als Ziel seiner Regierung ausgegeben, die institutionellen Voraussetzungen für den Staat Palästina vor dem Hintergrund der israelischen Besatzung zu schaffen. Im Programm „Palästina. Die Besatzung beenden, den Staat etablieren“ hieß es, dass ein unabhängiger, souveräner und lebensfähiger Staat Palästina mit einem Mehrparteiensystem sowie dem Respekt vor den Menschenrechten und der Garantie für gleiche Rechte aller Bürger in den kommenden zwei Jahren für den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität in der gesamten Region grundlegend sei.

Zur 64. Wiederkehr des „Internationalen Solidaritätstages mit dem palästinensischen Volk“ seit 1947 wiederholte Machmud Abbas, dass das künftige Palästina „ein demokratischer und pluralistischer Staat“ sein werde, „frei von jeder Diskriminierung aufgrund von Religion oder ethnischer Zugehörigkeit“. Es entbehrte nicht der Ironie, dass Oppositionsführerin Tsipi Livni einen Tag später dem palästinensischen Präsidenten die Zusammenarbeit „gegen die radikalen islamischen Kräfte“ anbot.

---

<sup>35</sup> Machmud Abbas am 23.09.2011 vor der UN-Vollversammlung.

<sup>36</sup> Benjamin Netanjahu am 23.09.2011 vor der UN-Vollversammlung.

### *Obamas Auftritt*

Als Barack Obama am 17. Mai gegenüber der „AIPAC Policy Conference“<sup>37</sup> die „unverbrüchlichen Bindungen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel“ hervorhob, hielt sich der Applaus in Grenzen. In seiner Ansprache zwei Tage später im State Department verlangte Obama, dass „Israel kühn handeln (muss), um einen dauerhaften Frieden voranzubringen“. Denn der „Traum eines jüdischen und demokratischen Staates kann mit einer dauerhaften Besatzung nicht in Erfüllung gehen“<sup>38</sup>. Diese Bekundung überspielte Netanjahu am 24. Mai, in dem er vor dem US-Kongress behauptete, dass „Israel keinen besseren Freund als Amerika (hat). Und Amerika hat keinen besseren Freund als Israel.“ Die Abgeordneten und Senatoren dankten ihm dieses Bekenntnis mit 29 „standing ovations“.

Die offene Demütigung seitens des „besseren Freundes“ hinterließ bei Obama keine erkennbaren Spuren. Denn nachdem er am 21. September vor der UN-Vollversammlung anfangs die Protestbewegungen in der arabischen Welt ausdrücklich begrüßt hatte, verfiel er in bekannte politische Tonlagen: Dem Recht Israels auf Sicherheit ordnete der Präsident einen höher Rang zu als dem Recht des palästinensischen Volkes auf einen souveränen Staat. Ansonsten verwies Obama Israelis und Palästinenser auf den Verhandlungsweg, ohne das systemische Ungleichgewicht in Rechnung zu stellen.

### *Abbas' fünf Punkte*

Dagegen ließ Abbas es sich bei seinem mit Spannung erwarteten Auftritt zwei Tage später nicht nehmen, „die Politik der kolonialen militärischen

---

<sup>37</sup> APIAC ist das Akronym für „American Israel Public Affairs Committee“. Sie ist die wichtigste jüdische Lobby-Organisation in den USA.

<sup>38</sup> The White House: Remarks by President Obama on the Middle East and North Africa, 19 May 2011.

Besatzung im Land des palästinensischen Volkes“ zu verurteilen, die alle Hoffnungen seit der Prinzipienklärung von 1993 unter sich begraben habe, bevor er seinen 5-Punkte-Katalog präsentierte:

1. Das Ziel des palästinensischen Volkes ist die Realisierung seiner unveräußerlichen nationalen Rechte auf einen unabhängigen Staat Palästina in der Westbank und im Gazastreifen mit der Hauptstadt in Ost-Jerusalem.
2. Die PLO und das palästinensische Volk halten an der Ablehnung von Gewalt fest, verurteilen alle Formen des Terrorismus einschließlich des Staatsterrorismus und stehen zu allen Vereinbarungen zwischen der PLO und Israel.
3. Die PLO und das palästinensische Volk stehen zur Option von Verhandlungen für eine dauerhafte Lösung auf der Grundlage internationaler Legitimität und des vollständigen Endes der Siedlungsaktivitäten.
4. Das palästinensische Volk wird seinen friedlichen Widerstand gegen die Besatzung mit ihren Siedlungen, gegen die Apartheid-Politik sowie gegen den Bau des rassistischen Annexionswalls fortsetzen und sich dabei auf das internationale humanitäre Recht, internationale Konventionen und auf die Unterstützung der Friedensaktivisten in Israel und in aller Welt stützen.

Indem sich Abbas auf den friedlichen Widerstand festlegte, erkannte er explizit den Besatzungsstatus an, weil bewaffneter Gegenwehr gemäß dem internationalen Recht Staaten unter fremder Okkupation vorbehalten ist, wie oben zur Vierten Genfer Konvention ausgeführt.

5. Indem das palästinensische Volk seine Not den Vereinten Nationen vorträgt, bestätigt es sein Vertrauen auf die politische und diplomatische Option und weist den Vorwurf einseitiger Schritte zurück. Das Bemühen richtet sich nicht gegen die Isolierung oder Delegitimierung Israels, vielmehr strebt es die Legitimierung der Sache des palästinensischen

Volkes an. „Wir reichen unsere Hand der israelischen Regierung und dem israelischen Volk bei der Herstellung des Friedens.“

Abbas konnte sich auf den Weltbank-Bericht vom September 2010 berufen, der der Autonomiebehörde dort, wo sie die Kontrolle innehat – also außerhalb der Zone C mit 62 Prozent des Territoriums und ohne Ost-Jerusalem –, in den Bereichen „Sicherheit“, „Rechtsprechung“, „Finanzverwaltung“, „wirtschaftliche Entwicklung“ und „öffentliche Dienstleistungen“ Staatsreife attestierte<sup>39</sup>. Dieses fünffache Zeugnis wiederholten die Vereinten Nationen im April 2011 unter Hinzufügung des Abschnitts „Bildung und Kultur“ und merkten an, dass diese institutionellen Errungenschaften angesichts der von außen gesteuerten Entwicklungen bald an ihre Grenzen stießen. Es sei entscheidend, die Prozesse der Staatsbildung und der Politik mit dem in Aussicht genommenen September-Termin in Einklang zu bringen.

Für den palästinensischen Präsidenten mag es ein schwerer Wermutstropfen sein, dass zwischen dem 04. und 10. September von den knapp 300.000 Palästinensern in Jerusalem 35 Prozent im Falle einer Zweistaatenregelung aus wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen eine israelische Staatsbürgerschaft vorziehen würden, wie das in Bethlehem ansässige „Palestinian Center for Public Opinion“ herausfand<sup>40</sup>. Denn das Ergebnis würde belegen, dass das Nationalgefühl mit den Nöten des täglichen Lebens konkurriert.

---

<sup>39</sup> Abel Zagha and Joseph de Voir.

<sup>40</sup> David Pollock: September 2001 Poll Shows 40 Percent of Jerusalem Arabs prefer Israel to a Palestinian State, in „The Washington Institute for Near East Policy“ 02.11.2011.

### *Netanjahus Wahrheiten*

Zwei Stunden nach Abbas begann Netanjahu seine Rede mit scharfen Angriffen auf die Vereinten Nationen, deren Kritik an Israel („absurdes Theater“) er Wahrheiten entgegensetzen wolle, nämlich

- die Bereitschaft seines Landes zum Frieden mit seinen Nachbarn seit 1948,
- die Abwehr der „automatischen Mehrheit gegen Israel“ sowie eines „böartigen“ und „gefährlichen Islam“,
- den Verweis auf den vollständigen Abzug aus dem Süden Libanons und dem Gazastreifen, der mit Raketen und Mörsern beantwortet worden sei,
- die Gefährdung Israels durch die schmale Landtaille zwischen Netanya und Tulkarem,
- den Schutz der Rechte aller Minoritäten in Israel einschließlich der über eine Million arabischen Staatsbürger und
- die Ablehnung des palästinensischen Drängens auf einen eigenen Staat ohne Frieden mit Israel.

Es folgte Netanjahus dramatisch vorgetragener Appell:

„Präsident Abbas, reden Sie nicht um den Brei herum. Erkennen Sie den jüdischen Staat an, und machen Sie Frieden mit uns. ... Meine Tür wird immer für Sie offen sein.“

Im zweiten Teil seiner Rede demonstrierte der Ministerpräsident die Grenzen des Friedens, indem er die viertausend Jahre alte Geschichte der Juden auf dem Tempelberg in Jerusalem sowie in „Judäa und Samaria“ beschwor.

Noch an eben jenem 23. September bekannte sich das Nahost-Quartett erneut zur Zwei-Staaten-Lösung, bestätigte die Arabische Friedensinitiative vom März 2002, forderte Israel und die Autonomiebehörde zu direkten Gesprächen ohne Verzögerungen und Vorbedingungen auf, bevor es beide Seiten darauf verpflichten wollte, bis Ende 2012 einen Vertrag abzuschließen<sup>41</sup>.

Am 31. Oktober konnte Netanjahu vor der Knesset auf diplomatische Floskeln verzichten. Außer seinem Misstrauen gegenüber der „arabischen Straße“, deren „Instabilität und Ungewissheit“ Israel mit „Stärke und Verantwortung“ begegnen müsse, unterstrich er seine Warnung an die Adresse der „Führer des Terrors“:

„Unsere Politik wird von zwei Hauptprinzipien getragen: Das erste ist ›Wenn jemand dich töten will, steh auf und töte ihn selbst‹, und das zweite ›Wenn jemand uns schaden will, liegt sein Blut in seiner Hand‘.“

Nachdem das jüdische Volk zweitausend Jahre lang von der Selbstverteidigung keinen Gebrauch machen können, müsse heute die „Verteidigungsphilosophie“ durch offensive Fähigkeiten ergänzt werden. So habe sich die Autonomiebehörde mit „ Hamas“ verbündet und unilaterale Schritte bei den Vereinten Nationen unternommen, statt sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Netanjahus früheres Bekenntnis zu Abbas als „Partner für den Frieden“ hatte sich erledigt.

Das politische Unbehagen hat vor israelischen Diplomaten nicht haltgemacht. Es gebe keine noch so gut inszenierte Aufklärung, die einen israelischen Panzer wegargumentieren könne, der einem Palästinenser mit einer Kalaschnikow in der Straße eines Flüchtlingslagers mit offenen

---

<sup>41</sup> Der Text der Erklärung des Nahost-Quartetts vom 23.09.2011 findet sich in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ der Homepage [www.reiner-bernstein.de](http://www.reiner-bernstein.de).



Abwasserrinnen gegenübersteht, und es sei unmöglich, das Flüchtlingslager Jabalya hinter der „Batsheva Dance Company“ zu verstecken, räumte ein israelischer Diplomat nach 27 Dienstjahren ein<sup>42</sup>. Die Propagandisten der israelischen Politik werden sich schwerer tun als bisher. Dass ehemals in Tel Aviv stationierte amerikanische Botschafter jüdischer Herkunft ihre Sorgen gegen den Verfall demokratischer Werte artikuliert haben, spiegelt das tiefe Unbehagen wider, über das Lobby-Organisationen wie das „American Israel Public Affairs Committee“ (AIPAC) nicht hinwegtäuschen können.

### *UN-Regularien*

Seit dem Auftritt Arafats vor der UN-Vollversammlung im November 1974 verfügt die PLO über einen Beobachterstatus. Damit kann sie an seinen Sitzungen teilnehmen und das Wort ergreifen, ohne stimmberechtigt zu sein. Gemäß den Regularien zugunsten einer Vollmitgliedschaft übergab Abbas dem UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon am späten Nachmittag des 23. September den Aufnahmeantrag, den dieser an den Sicherheitsrat weiterleitete. Daraufhin teilte ein Fachausschuss dieses Gremiums den 15 Mitgliedern am 11. November mit, dass er sich zu einer gemeinsamen Stellungnahme außerstande sehe. Auch scheiterte das Bemühen der PLO, mindestens neun der 15 Mitglieder des Sicherheitsrates für die Anerkennung Palästinas zu gewinnen, um in der Vollversammlung gemäß Artikel 4 der UN-Charta eine Abstimmung herbeizuführen<sup>43</sup>.

Nach dem bisherigen Stand dürfte die Entscheidung auf den Status eines UN-Nichtmitglieds („non-state member“) hinauslaufen; eine solche Aufwertung ist ohne ein Votum des Sicherheitsrates möglich. Ob er die Palästinenser berechtigt, gegebenenfalls den Internationalen Gerichtshof

---

<sup>42</sup> Aviva Lori: Former Israeli ambassador speaks his mind about his boss, Avigdor Lieberman, in „Haaretz“ 16.12.2011. Die Autorin sprach mit dem zuletzt in Paris stationierten Botschafter Daniel Shek.

<sup>43</sup> Zum Verfahren der „Newsletter 04.2011“ der Friedrich-Ebert-Stiftung „Showdown im September? Der palästinensische Gang vor die Vereinten Nationen“, Juli 2011.

anzurufen, oder ob dafür die Vollmitgliedschaft vorausgesetzt ist, damit Verfahren gegen israelische Siedlungsaktivitäten und militärisches Eingreifen eingeleitet werden können, wird in der Fachliteratur strittig beurteilt. Wahrscheinlich dürften in Den Haag einlaufende Anträge allseits unter juristische und diplomatische Opportunitätsvorbehalte gestellt werden.

Eine „non-state membership“ wird keine Regierung daran hindern, nach eigenem Ermessen mit dem Staat Palästina bilateral Botschafter auszutauschen – wie dies Island als erster westeuropäischer Staat am 15. Dezember getan hat – oder zumindest die bisherige Repräsentanz der PLO diplomatisch aufzuwerten. Die „Drei-Elemente-Lehre“ Staatsvolk – Staatsgebiet – Gewaltenteilung kann dafür kein prinzipieller Hinderungsgrund sein. Denn Israel hat unter Verweis auf die Waffenstillstandsabkommen von 1949 seine Grenzen nicht definiert und die politische Zukunft der Westbank als „strittiges Territorium“ („disputes territory“) vorgeprägt. Wären im übrigen palästinensische Defizite und Fehlentwicklungen in den Bereichen der politischen Willensbildung, der Rechtspflege und der öffentlichen Haushaltsführung die Maßstäbe für ernstliche Bedenken gegen einen Staat, würde sich die Zusammensetzung der Vereinten Nationen auf ein höchst überschaubares Gremium reduzieren. Die Aufnahme Süd-Sudans als 193. Staat in die Vereinten Nationen demonstriert einmal mehr die doppelten Maßstäbe in der Politik.

Die Arabische Liga unter ihrem energischen neuen Generalsekretär Nabil Al-Arabi gewinnt an Profil. Bislang ließ sich die Friedensinitiative vom März 2002 nicht als ein Ruhmesblatt ihrer Diplomatie feiern. Denn nach dem siebenteiligen Forderungskatalog schaffte sie es nicht, ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen, das sich in Präzision und Detaillierung mit der Genfer Initiative vergleichen lässt. Der neue Schwung wird es nicht zulassen können, dass Russland und China einen harten Kurs gegen die israelische Politik vorgibt, während die Arabische Liga darauf verzichtet, den Konflikt nach New York zu tragen.

## VI. Amerikanische Debatten

*„Es stellt sich die Frage, ob eine Weltmacht, die sich nicht von einem bedeutungsvollen Wertekanon leiten lässt, ihre Überlegenheit auf Dauer praktizieren kann<sup>44</sup>.“*

Die Vorschläge der internationalen Staatengemeinschaft zur Beendigung des Konflikts haben keine nachhaltigen Spuren in der jüdisch-israelischen und der arabisch-palästinensischen Politik hinterlassen. Von dem US-amerikanischen Philosophen George Santayana ist die Einschätzung überliefert, dass üblicherweise die technischen Anstrengungen verdoppelt würden, wenn das Ziel aus den Augen geraten sei<sup>45</sup>. So setzt die internationale Diplomatie darauf, beide Parteien durch Vermittlungsangebote und Zwischenschritte sowie mittels humanitärer, finanzieller und entwicklungspolitischer Anreize an den Verhandlungstisch zu bringen.

Diese Umarmungstaktik ist gescheitert. Stattdessen sollten nach Überzeugung von Anthony H. Cordesman, dem Direktor des „Center for Strategic and International Studies“, die USA im Gegenzug zum strategischen Spezialverhältnis mit Israel auf besonderen Verpflichtungen der Regierung in Jerusalem gegenüber Washington bestehen. Die engen Beziehungen zu Israel bestätigend, sie aber von seiner Politik abgrenzend, führte Cordesman an, dass

„die Tiefe des moralischen Engagements Amerikas nicht Aktionen einer israelischen Regierung rechtfertigt oder entschuldigt, die Israel unnötigerweise zu einer strategischen Belastung machen, wo es doch ein

---

<sup>44</sup> Zbigniew Brzezinski im Interview by Michael Soussan, in „The Brown Journal of World Affairs“ I(Winter 1993–1994)1, S. 51 ff. Der Autor war Nationaler Sicherheitsberater von Präsident Jimmy Carter.

<sup>45</sup> Zitiert bei Reiner Bernstein: Aussitzen in Nahost? Eine Region zwischen Dynamik und Stagnation. Eine Analyse, in „Jüdische Zeitung“ (Berlin) September 2010, S. 9.

Gewinn sein sollte. Es [*das enge Verhältnis*] bedeutet nicht, dass die Vereinigten Staaten einer israelischen Regierung helfen, wenn jene Regierung es versäumt, den Frieden mit ihren Nachbarn glaubwürdig zu suchen. Es bedeutet nicht, dass die Vereinigten Staaten das geringste Interesse daran haben, israelische Siedlungen in der Westbank zu unterstützen, oder dass die Vereinigten Staaten eine harte Position zu Jerusalem beziehen, die es im Ergebnis zu einer jüdischen statt zu einer gemischten Stadt macht<sup>46</sup>.

Diesem Aufruf zur Besinnung begegnete Robert Satloff vom „Washington Institute for Near East Studies“ mit der Gegenthese, dass Israel für die USA eine „strategische Bonanza“ sei<sup>47</sup>. Indem der Autor vorrechnete, dass der Friedensprozess für den amerikanischen Einfluss ein Vehikel in allen Teilen der Region darstelle, bediente er sich einer Argumentation, die ungewollt alle Urteile und Vorurteile über Qualität und Ausmaß der amerikanisch-israelischen Allianz bestätigt.

Neben der erklärten Hinwendung auf den pazifischen Raum wird Washingtons Haushalts-, Finanz- und Exportkrise für eine geringere Aufmerksamkeit gegenüber dem Nahen Osten sorgen. Die Ankündigung Obamas findet sich beim republikanischen Präsidentschaftsbewerbers Mitt Romney wieder, dass Amerika keine Führungsrolle im Friedensprozess spielen sollte<sup>48</sup>. Die Kürzungen im Haushalt 2013 um zehn Prozent machen vor den Verteidigungsausgaben nicht halt; für 2012 wurden sie um 27 auf 662 Milliarden US-Dollar gekürzt. Um der Staatspleite zu entgehen, werden Einschnitte auch Israel erreichen, obwohl Verteidigungsminister Leon E.

---

<sup>46</sup> Anthony H. Cordesman: Israel as a Strategic Liability? Center for Strategic & International Studies (CSIS). Commentary, June 2, 2010.

<sup>47</sup> Robert Satloff: Israel: Not Just a Strategic Asset, But a Strategic Bonanza. Nixon Center Debate, July 20, 2010.

<sup>48</sup> Zitiert von Thomas L. Friedman: Newt [Gingrich], Mitt, Bibi and Vladimir [Putin], in „The New York Times“ 13.12.2011.

Panetta die mehr als 200 Millionen US-Dollar für das „Iron Dome“-Raketensystem nicht antasten will.

Das schwindende Engagement der USA sollte die Europäer ermutigen, ihre eigenen Vorstellungen – wenn es sie denn über die bekannten, die Realität vor Ort verkennenden Erklärungen hinaus tatsächlich gibt – von einem friedlicheren Nahen Osten im Dialog mit den zivilgesellschaftlich getragenen Initiativen aus der Region abzugleichen.

### VII. Die palästinensische Bewerbung im Bundestag

*„Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher, den Palästinensern unsere Sympathien zu versichern und dann nichts weiter zu machen. ... Wir müssen uns fragen, ob unsere Ziele, die wir jahrelang verfolgt haben, noch die richtigen sind“<sup>49</sup>.“*

Wie in Washington, so verhalte die Philippika von Anthony Cordesman auch in Berlin, obwohl die Bundeskanzlerin gemeinsam mit Nicolas Sarkozy und David Cameron bei der Debatte um die UN-Resolution am 18. Februar – die am Veto der USA scheiterte – darin übereingestimmt hatte, dass alle drei Staats- und Regierungschefs

„höchst besorgt über den gegenwärtigen Stillstand im nahöstlichen Friedensprozess (sind). Wir haben für den Entwurf der Resolution des UN-Sicherheitsrates gestimmt, weil unsere Ansichten zu Siedlungen, einschließlich in Ost-Jerusalem, klar sind, dass sie gemäß dem internationalen Recht illegal und ein Hindernis für den Frieden sind sowie eine Bedrohung der Zwei-Staaten-Lösung bedeuten. Jede Siedlungstätigkeit, einschließlich in Ost-Jerusalem, muss sofort eingestellt werden.“

---

<sup>49</sup> So der Abgeordnete Rainer Stinner (FDP) am 09.09.2011 im Bundestag.

Die israelische Regierung hat keinen Anlass gesehen, sich an diese Aufforderung zu halten. Jüngst beschloss das Wohnungsbauministerium unter Leitung von Ariel Atias (Partei der Sefardischen Thorawächter“ – „Shas“) eine Ausschreibung für den von 1.028 Wohnungen in Ost-Jerusalem und in der Westbank. Die Bundesregierung verurteilte die Ankündigung als eine „verheerende Botschaft“, die „das Vertrauen in Israels Bereitschaft zu Verhandlungen“ untergrabe.

Gegenüber den einseitigen Schritten zeigten sich auch die Debatten im Bundestag seit dem 01. Juli politisch hilflos, obwohl für Staatsminister Werner Hoyer „für einen dauerhaften Frieden die Schaffung eines palästinensischen Staates erforderlich ist“. Der Erklärung folgte die Einschränkung auf dem Fuße, dass eine Anerkennung Palästinas „[z]u gegebener Zeit“ erfolgen werde. In diesem Sinne hatte sich Angela Merkel nach der „ganz herzlichen Begrüßung“ Netanjahus am 07. April in Berlin allen Überlegungen entzogen, die Proklamation des Staates Palästina mitzutragen. Bei aller Unterstützung für die Zwei-Staaten-Lösung, so die Kanzlerin,

„sind einseitige Anerkennungen auf gar keinen Fall ein Beitrag dazu, diesem Ziel, das ich für unerlässlich halte, entgegenzukommen. Das ist die Haltung von heute, und das wird auch die Haltung im September sein.“

Im Gegenzug stattete Netanjahu während der gemeinsamen Pressekonferenz den Dank seiner Regierung ab und würdigte noch einmal Merkels Definition von deutscher [Staatsräson](#) – vorgetragen am 18. März 2008 vor der Knesset – mit dem Lob:

„Wenn wir Frieden, Sicherheit und Stabilität erreichen können, dann wird die Frage der Siedlungen – das kann ich Ihnen versichern, auch wenn das natürlich Teil der Verhandlungen sein muss – kein wirkliches, echtes Hindernis für so eine Lösung sein. ... Vielleicht

darf ich noch hinzufügen, dass sich die Bundeskanzlerin immer der Frage der Sicherheit des Staates Israel verpflichtet gezeigt hat. Ich kenne kaum einen führenden Politiker in der Welt, der eine größere Unterstützung für unsere Sicherheit gezeigt hat als die Bundeskanzlerin.“

Dieser Huldigung ungeachtet verwahrte sich die Kanzlerin erneut gegen Netanjahus Irreführungen am 30. September nach der Ankündigung des Baus von weiteren 1.100 Wohneinheiten in Gilo südlich Jerusalems. „Haaretz“ druckte eine Graphik ab, auf der zwischen August 2009 und Juli 2011 sechs krisenhafte Zuspitzungen zwischen beiden Regierungschefs notiert waren<sup>50</sup>.

Dessen ungeachtet bekannten sich die Koalitionsparteien zur Ablehnung der Kanzlerin, aus der deutlichen Kritik politisch-operative Konsequenzen zu ziehen; nur der außenpolitische Sprecher der FDP Rainer Stinner ließ seinem Zorn freien Lauf. Auch Thomas Silberhorn (CSU) räumte ein, dass die Verhandlungen „seit Jahrzehnten um dieselben Themen (kreisen), ohne dass eine echte Perspektive für eine umfassende Lösung absehbar wäre“, und dass die „israelische Regierung (...) endlich darlegen (müsse), wie sie sich eine umfassende und gerechte Friedenslösung vorstellt“<sup>51</sup>. Doch Anträge legte die Koalition nicht vor.

### *Anträge und Debatten*

Dagegen stach – trotz aller Kompromissformulierungen im Einzelnen – das Bekenntnis der SPD-Fraktion in ihrem Antrag „Den Nahost-Friedensbemühungen neuen Schwung verleihen“ zur nationalen Ebenbürtigkeit beider Völker hervor:

---

<sup>50</sup> Barak Ravid: In Deutschland gibt man zu: Krise zwischen Merkel und Netanjahu, in „Haaretz“ 03.10.2011, S. 5 (Hebr.).

<sup>51</sup> So der Abgeordnete Thomas Silberhorn (CDU/CSU) am 01.07.2011 im Bundestag.

„Das Existenzrecht des Staates Israel und das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat dürfen niemals in Frage gestellt werden.“

Die SPD kritisierte Merkels „negative Vorfestlegung gegen die palästinensischen Bemühungen“ als „Sonderwegpolitik“. Wenn ihr außenpolitischer Sprecher Günter Gloser (SPD) die Bundesregierung dazu aufforderte, „im europäischen Kontext zu beraten, welche Bedingungen wir an die Anerkennung einer palästinensischen Regierung und eines palästinensischen Staates knüpfen“, dann kam sein Appell einer Klage über die diplomatische Antriebslosigkeit in Berlin gleich<sup>52</sup>.

In bemerkenswerter Erweiterung der SPD-Vorlage bettete die LINKE ihren Antrag „Den Staat Palästina anerkennen“ in die Zeit der arabischen Demokratiebewegungen ein, in der „der Bevölkerung in Palästina das Recht auf nationale Unabhängigkeit verweigert“ werde. Zugleich machte die Fraktion auf die „dramatischen Zuspitzungen in den jüdisch-arabischen Beziehungen in Israel“ aufmerksam und nahm auf die EU-Erklärung vom 22. Februar 2011 Bezug, die auf „die Gefährdung von Demokratie, Frieden und Menschenrechten in Israel“ hinwies.

Dagegen kam „Bündnis 90/Die Grünen“ über eine allgemein gehaltene Pressemitteilung nicht hinaus. Erst im Plenum gab die außenpolitische Sprecherin Kerstin Müller zu Protokoll, dass Netanjahu „fast alle Türen zugeschlagen“ habe. Mitte Dezember meldete „Haaretz“, dass europäische Botschafter die EU-Kommission zu bewegen suchten, den israelischen Staatsbürgern arabischer Volkszugehörigkeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen<sup>53</sup>.

---

<sup>52</sup> Günter Gloser (SPD) am 01.07.2011 im Bundestag.

<sup>53</sup> Barak Ravid: Secret EU paper aims to tackle Israel's treatment of Arab minority, in „Haaretz“ 16.12.2011. Eine Zusammenfassung des Berichts ist nachlesbar unter dem Titel „EU-Papier fordert mehr Aufmerksamkeit für die



Mit dem Hinweis, dass die palästinensische UN-Mitgliedschaft Verhandlungen mit Israel nicht ersetze, begnügten sich die Abgeordneten mit einer Selbstverständlichkeit. Da mit der Bewerbung in New York keine Ausrufung des Staates Palästina gemeint war, hätte sich auch die Empfehlung erübrigt, dass die palästinensische Führung in der Bevölkerung keine Erwartungen wecken solle, die gegenwärtig nicht zu erfüllen seien und welche die demokratischen Kräfte langfristig schwächen würden<sup>54</sup>. Auch die Prognose war überflüssig, dass im Falle einer Ablehnung der Bewerbung in New York „nach allen Erfahrungen in der Region wahrscheinlich das Risiko einer gewaltsamen Eskalation bergen“ würde<sup>55</sup>. Interessant war gleichwohl die These von den kommunizierenden Röhren, die desto eindringlicher für ein positives Votum bei den Vereinten Nationen hätte sprechen müssen.

### *Palästinensische Reaktionen*

Abbas' Rede wurde von 83 Prozent der Palästinenser zustimmend begleitet. Die Anerkennung Palästinas hätte unterdrückte oder schlummernde konstruktive Energien auf dem Weg zur nationalen Souveränität mobilisiert. Emphatisch mahnte ein palästinensisches Papier, den Prozess der Versöhnung zwischen „Fatah“ und „ Hamas“ mit unausweichlichem Nachdruck zu betreiben, das strategische Denken einer Prüfung zu unterziehen und bei prinzipieller Inanspruchnahme des Rechts auf bewaffneten Widerstand Gewalt gegen israelische Zivilisten zu unterlassen<sup>56</sup>.

---

israelischen Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit“ in der Menüleiste „Berichte aus Nahost“ der Homepage [www.reiner-bernstein.de](http://www.reiner-bernstein.de).

<sup>54</sup> Beschlussvorlage „Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen – Palästina in der VN unterstützen“ von „Bündnis 90/DieGrünen“.

<sup>55</sup> So der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Rupert Polenz (CDU/CSU) am 09.09.2011 im Bundestag.

<sup>56</sup> The Palestine Strategy Group: Towards New Strategies for Palestinian National Liberation. Diese Verpflichtung hat Mustafa Barghouti in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages am 06.04.2011 als „die wichtigste Lektion, die die Palästinenser im Moment lernen“, unterstrichen.

In der Tat: Solange die Gespräche zwischen beiden Hauptfraktionen regelmäßig unterbrochen werden, wird die Hoffnung darniederliegen, dass sich ein Volk, das im Westen jahrzehntelang systematisch schlechtgemacht worden sei, endlich in positivem Licht zeige<sup>57</sup>.

Wie sehr beide Seiten unter öffentlicher Beobachtung stehen, unterstrich die Absage der Konferenz zu einer „Israeli-Palestinian Confederation“ (IPC) auf der Basis zweier souveräner Staaten im Dezember mit dem „Al-Quds University“-Präsidenten Sari Nusseibeh, dem früheren Außenminister Shlomo Ben-Ami, Uri Avnery und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Nachdem palästinensische Radikale den Veranstaltern Normalisierungsversuche zugunsten Israels vorgeworfen hatten, glaubte „Fatah“ vor einer „dritten Regierung“ warnen zu müssen – als ob die IPC-Initiative nicht die Verzweiflung über die offizielle Politik widerspiegle.

So entpuppte sich die Ankündigung, jedes palästinensisch-israelische Treffen verhindern zu wollen, als ein Eingeständnis des Bankrotts, die Idee einer Zweistaatenregelung noch zu verteidigen, und als Unfähigkeit, dafür Mehrheiten in der Bevölkerung zu organisieren. Die Warnung verlängerte nahtlos den Eindruck in die analytische Schwäche der eigenen Politik, aus den bisherigen Erfahrungen des Versagens schlüssige Konsequenzen zu ziehen. Ein schlagendes Beispiel bot die hinhaltende Taktik gegenüber dem sogenannten Konvergenzplan Ehud Olmerts im September 2008<sup>58</sup>.

## VII. Eine erste Bilanz

Als ein erster Überblick lassen sich acht Thesen formulieren:

---

<sup>57</sup> Rashid Khalidi: Preliminary Historical Observations on the Arab Revolutions of 2011, in „Jadalliya“ („Dialektik“) 21.03.2011.

<sup>58</sup> Olmert hat sie noch einmal zusammengefasst – ohne Widerspruch zu ernten – in seinem Beitrag „Peace Now, or Never“ für die „International Herald Tribune“ am 21.09.2011.

1. Aus der deutschen historischen Verantwortung für den Völkermord an den europäischen Juden eine Verantwortung für einen palästinensischen Staat abzuleiten<sup>59</sup>, verkennt von Grund auf das eigenständige politische und kulturelle Subjekt des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern.
2. Die seit den 1960er Jahren in Israel gängige Befürchtung, ohne den Konflikt mit der arabisch-palästinensischen Welt drohe ein Kulturkampf, hat dramatisch an Gestalt gewonnen, weil der politische und ideologische Kampf um die besetzten Gebiete die Innenpolitik beherrscht.
3. Die Versäumnisse der internationalen Diplomatie, für deren Remedur kein „bellizistisches Temperament“ vonnöten ist<sup>60</sup>, sind in Israel genutzt worden, die Opposition im eigenen Land als verantwortungslos und illoyal zu verleumden.
4. Die Madrid-Konferenz Ende Oktober 1991, der Barcelona-Prozess, Versuche der partiellen Übertragung des Helsinki-Prozesses – er wäre nur für die Entwicklung der israelisch-syrischen Beziehungen aufgrund der unbestrittenen Souveränität beider Staaten realistisch –, die Europäische Nachbarschaftspolitik sowie die Mittelmeer-Union haben keine Wirkung entfaltet. Die „Road Map“ war aufgrund der 14 „Vorbehalte“ Ariel Sharons zum Scheitern verurteilt. Das Memorandum von Sharm El-Sheikh im September 1999, das die Endstatus-Verhandlungen innerhalb von fünf Monaten und einen umfassenden Frieden innerhalb eines Jahres erreichen wollte, blieb die letzte israelisch-palästinensische Verständigung unter Beteiligung der USA.

---

<sup>59</sup> So der Entschließungsantrag der LINKEN von 18.09.2006.

<sup>60</sup> Dies der generelle Vorwurf Robert Kagans an die Adresse der Europäer in seinem Essaybuch „Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung.“ Berlin 2003.

5. Die westliche Diplomatie war den Fieberkurven, Spannungen und unübersichtlichen Macht- und Ränkespielen in der Region politisch-intellektuell nicht gewachsen:

- Ihre Erklärungen und Resolutionen wurden in der israelischen und in der palästinensischen Öffentlichkeit kaum positiv gewürdigt, weil sie von autochthonen Normen und Wertvorstellungen weitab liegen. Stattdessen geben sich deutsche und europäische Erklärungen gegen die Siedlungspolitik regelmäßig der Lächerlichkeit preis. Denn hinter jeder Siedlungsaktion stehe ein planendes und denkendes Hirn mit Zugang zu staatlichen Datenbank und zu Karten. Es werde von sympathisierenden Offizieren in Schlüsselstellungen der Streitkräfte und von der Zivilverwaltung unterstützt, lautete eine Erklärung für die Nutzlosigkeit auswärtiger Proteste in einer Zeit<sup>61</sup>, als Obama noch an seine Fähigkeit glaubte, auf die israelische und die palästinensische Politik gestaltenden Einfluss nehmen zu können<sup>62</sup>.
- Die politische Reflexion ließ zu wünschen übrig, dass Shimon Peres vor der Osloer Prinzipienklärung die geplante Unterscheidung zwischen Unabhängigkeit und Autonomie als einen „Grad der Unklarheit und der Doppeldeutigkeit“ gewürdigt hatte – eine Aussage, die in Henry Kissingers Kennzeichnung der US-amerikanischen Nahostpolitik als die einer „constructive ambiguity“ ihre transatlantische Analogie fand.
- Die Ehrungen für Yitzhak Rabin nach seiner Ermordung im November 1995 übersahen, dass für den Ministerpräsidenten die Vorkehrungen in „Oslo II“ zu einer Truppenverlegung in der Westbank – der Begriff „redeployment“ im einzig gültigen englischen Text wurde hierzulande

---

<sup>61</sup> Amos Harel: Settlers are encountering their first real opponent – Obama, in „Haaretz“ 10.07.2010.

<sup>62</sup> Joe Klein: Q&A: Obama on His First Year in Office, in Time“ 21.01.2010.

fälschlicherweise mit „Rückzug“ übersetzt – nicht für einen palästinensischen Staat Raum schaffen sollte.

- Das Assoziierungsabkommen mit Israel konnte den Export von israelischen Produkten aus der Westbank trotz der vorgegebenen Verbotsregeln nicht verhindern, so dass Gruppen aus der internationalen Zivilgesellschaft einsprangen.
6. Dringende Appelle an den Präsidenten des Europäischen Rates Herman Van Rompuy wie jener der „European Former Leaders Group“ vom 02. Dezember 2010, zu der sich namhafte Persönlichkeiten wie Chris Patten, Hubert Védrine, Roland Dumas, Benita Ferrero-Waldner, Felipe Gonzales, Lionel Jospin, Romano Prodi, Helmut Schmidt, Javier Solana, Thorvald Stoltenberg, Richard von Weizsäcker und andere zählten, entfalteten keine Gestaltungsdynamik, obwohl die Autoren dem Jahr 2011 eine „kritische Bedeutung bei der Entscheidung über das Schicksal des Nahen Ostens für vielleicht viele Jahre“ beimaßen.
7. Wenn Guido Westerwelle, unterstützt von der Bundeskanzlerin, gegenüber den „Taliban“ Gesprächsbereitschaft anzeigt und sie gegenüber „ Hamas“ verweigert, erscheint der Vorwurf der Prinzipienlosigkeit gerechtfertigt, die Berlin – zu Recht oder zu Unrecht – im Falle des deutschen Abstimmungsverhaltens in der Libyen-Resolution 1973 des Sicherheitsrates vom 17. März 2011 nachgesagt wurde<sup>63</sup>. Dass im Sommer 2011 im Bundestag behauptet wurde, die Religion in der „sozialen Bewegung“ Palästinas spiele „kaum eine Rolle“<sup>64</sup>, hat mit angemessenen Kenntnissen wenig zu tun. Wenn der neue israelische Botschafter in Kairo Kanäle zur „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“ der Moslebruderschaft

---

<sup>63</sup> Wolfgang Seibel: Prinzipienlosigkeit als Prinzip, in FAZ 24.10.2011, S. 7. Der Autor lehrt Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und ist Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.

<sup>64</sup> So der SPD-Außenpolitiker Günter Gloser am 01. Juli 2011 im Bundestag.

und sogar zur salafistischen Partei „Al-Nour („Das Licht“) sucht<sup>65</sup> – das Angebot wurde von „Al-Nour“ postwendend mit der Zusage quittiert, den Friedensvertrag respektieren zu wollen –, lässt sich die deutsche Fortsetzung eines Boykotts der Islamischen Widerstandsbewegung im Gazastreifen nur als Akt der Parteinahme für die israelische Politik und als Untergrabung von Bemühungen um einen politisch-ideologischen Ausgleich zwischen den palästinensischen Fraktionen deuten.

8. Mit einem endgültigen Aus für den vergebenen Friedensprozess wird auch die Legitimität der Autonomiebehörde enden, dessen Kind sie ist.

Es käme einer Katastrophe gleich, wenn die vielfältigen Kontakte und Kooperationen mit palästinensischen Partnern abgebaut würden, hat die Grande Dame der israelischen Friedensbewegung Naomi Chazan befürchtet<sup>66</sup>. Wenn die internationale Staatengemeinschaft an der Idee des nationalen Ausgleichs festhalten will, muss sie sich stärker mit praktischen Hilfen und mit psychologischen Ermutigungen für die beiden Friedenslager engagieren. Dazu gehören auch der Widerstand gegen geplante Einschränkungen der israelischen und auswärtigen NGO's und die Empfehlung an das Berliner Auswärtige Amt, den zivilgesellschaftlichen Beirat zu reaktivieren<sup>67</sup>. Die Bundesregierung wird bei der Diskussion über die Anschlussfähigkeit ihrer politischen Äußerungen um die Frage nicht herumkommen, wen sie mit „Israel“ meint.

---

<sup>65</sup> Avi Issacharoff. Israel envoy seeks talks with Islamist groups in Egypt, in „Haaretz“ 18.12.2011.

<sup>66</sup> Naomi Chazan im Vorwort der Sammelschrift „Bridging the Divide“, ed. by Edy Kaufmann et al.

<sup>67</sup> So die Abgeordnete Edelgard Bulmahn (SPD) am 26.05.2011 im Bundestag.

### VIII. Was bleibt?

*„Es wird der Augenblick kommen, wo von israelischer und palästinensischer Seite Verantwortliche sagen werden: Es gibt keine andere Lösung, als die Koexistenz zu organisieren<sup>68</sup>.“*

Bei dem Bemühen um den Frieden zwischen Israelis und Palästinensern hat sich der zur „Oxford Research Group“ gehörende und Internationale Beziehungen lehrende Tony Klug von der Überzeugung leiten lassen, dass beide Völker schicksalhaft aneinander gebunden sind und dass jede Seite den Schlüssel für das Schicksal der anderen in Händen hält. Deshalb hat er wie Daniel C. Kurtzer und Scott B. Lasansky vor ihm<sup>69</sup> für eine „effektive internationale Strategie“ plädiert,

„die robust genug ist, ihre erklärten Ziele ungeachtet der politischen Richtungen der Hauptparteien des Konflikts durchzusetzen. Mit anderen Worten, sie darf sich nicht abhängig machen von der jeweils an der Macht befindlichen politischen Koalition in Israel und vom politischen Rahmen, der unter den Palästinensern vorherrscht.“

Dazu gehört für Klug ein definitives Design, das zunächst die wichtigsten Forderungen beider Parteien dort aufnimmt, wo sie gemeinsame Schnittmengen bilden. Sollten die Parteien daraufhin ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, würde das Nahost-Quartett sein endgültiges Konzept

– zu definitiven Grenzen; zu Zonen gemeinsamer Souveränität, so in Ost-Jerusalem; zur Einbeziehung Jordaniens in eine Konföderation; zu diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen; zur Handels-,

---

<sup>68</sup> Frankreichs Außenminister Hubert Védrine in „Le Monde“ am 19.04.2001.

<sup>69</sup> Daniel C. Kurtzer and Scott B. Lasansky: Negotiating Arab-Israeli Peace.

Währungs-, Wasser- und Energiepolitik; zu Regionen der Demilitarisierung und zu anderem mehr –

vorlegen, ohne es als ein „krudes Diktat“ zu präsentieren, das zum Widerstand einlade<sup>70</sup>.

Wie realitätsgerecht Klugs Entwurf ist, muss an dieser Stelle nicht erörtert werden. Ein israelischer Kommentator zeigte sich jedenfalls davon überzeugt, dass sich seine Regierung das Recht vorbehalten werde, die auswärtigen Kontrolleure zu kontrollieren, die Beobachter zu beobachten, die Inspektoren zu inspizieren und dafür zu sorgen, dass alle zusammen ihre Nase nicht in die Siedlungspolitik stecken. Für die internationale Diplomatie bleibt deshalb ein entschiedener „Plan B“ für den Übergang in die UN-Vollmitgliedschaft wichtig, damit ein palästinensischer „non-state member“ nicht in die Permanenz abgeleitet<sup>71</sup>. Wenn der Weg in die politische Souveränität scheitert, werden andere Überlegungen und Optionen deutlicher denn je die politischen Diskussionen bestimmen.

So haben israelische Reserveoffiziere – Generalmajore, Brigadegeneräle und Oberste – unter dem Dach des „Council for Peace and Security“ das regierungsamtliche Argument zurückgewiesen, dass Israel aus Gründen seiner Existenzsicherung auf dem Jordantal bestehen müsse: Auch wenn die „schmale Taille“ damit von 16 auf 40 Kilometer erweitert wäre, würde Israel im Zeitalter ballistischer Projektile und Massenvernichtungswaffen die strategische Tiefe fehlen und sich der Gefahr einer asymmetrischen Kriegsführung gegenübersehen.

In realistischer Erwartung des Fehlschlags weiterer Verhandlungen wurde von einem palästinensischen Think Tank schon 2004 vorgeschlagen, dass

---

<sup>70</sup> Tony Klug: Visions of the Endgame.

<sup>71</sup> Reiner Bernstein: Kein Requiem für Palästina! Sechs Anmerkungen zur deutschen Nahostpolitik im Vorfeld der UN-Entscheidungen, in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ der Homepage [www.reiner-bernstein.de](http://www.reiner-bernstein.de).



die PLO auf das nationale Selbstbestimmungsrecht verzichte und Israel, sollte es die Kontrolle der palästinensischen Gebiete fortsetzen, aufzufordern sei, den Palästinensern die gleichen Rechte einzuräumen<sup>72</sup>. Am weitesten wagte sich auf dieser Argumentationsschiene Sari Nusseibeh vor, für den nicht die politische Souveränität der Palästinenser im Vordergrund steht. Vielmehr plädiert er für die Wiederherstellung ihrer Rechte in allen Teilen Palästinas – für die Transformation des gegenwärtigen Status der Unterdrückung in den künftigen Status der Freiheit:

„Wenn es die internationale Gemeinschaft weiter ablehnt, der fortgesetzten Herrschaft Israels über Palästinenser und dem Land, in dem der palästinensische Staat entstehen sollte, den Kampf anzusagen, kann sie zumindest darauf bestehen, dass Israel jenen Palästinensern volle bürgerliche und Menschenrechte in ‚seinen‘ Territorien einräumt... Wir Palästinenser sehen im nationalen palästinensischen Staat keinen Teil eines göttlichen Plans; unser Anliegen ist vorrangig ein normales Leben in unserer Heimat.“

Erst wenn, so Nusseibeh weiter, der Staat Israel verstehe, dass seine Existenz durch den „demographischen Faktor“, durch die moralische Unhaltbarkeit der Beherrschung eines anderen Volkes und durch die internationalen Widerstände gegen seinen ethnisch-religiösen Monismus sich letztlich selbst in Gefahr bringe, werde er es sein, der bei den Palästinensern um die Zweistaatenregelung nachsuche<sup>73</sup>.

Dass der frühere Außen- und Verteidigungsminister Moshe Arens („Likud“) davor gewarnt hat, die israelischen Staatsbürger arabischer Volkszugehörigkeit durch das Verbot ihrer Sprache als offizielle Zweitsprache zusätzlich zu entfremden, war für ihn der erste essentielle Schritt, sie von der Funktion als Wasserträger schmutziger Arbeiten zu befreien<sup>74</sup>. Damit

---

<sup>72</sup> Moment of Inversion Toward Palestinian Statehood, 11.03.2004.

<sup>73</sup> Sari Nusseibeh: What Is a Palestinian State Worth?, S. 3 passim.

<sup>74</sup> Moshe Arens: Israel's shameful attack on Arabic must be stopped, in „Haaretz“ 15.11.2011.

widersprach Arens dem Menetekel vom „demographischen Faktor“, wonach Juden und Araber, Israelis und Palästinenser nicht friedlich zusammenleben könnten, und tat es als ein rassistisches Vorurteil ab. Erst wenn diese Voraussetzung vom Tisch sei, ist weitergedacht worden, könne das Angebot der Staatsbürgerschaft für die Palästinenser in den besetzten Gebieten an die Reihe kommen<sup>75</sup>.

Der an der Columbia University lehrende Rashid Khalidi – ein früher Befürworter der Zweistaatenregelung – pflichtete Arens bei: Zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan existiere bereits ein einziger Staat, wenn auch mit dreifach abgestufter Staatsbürgerschaft. Der Historiker stellte die Frage, warum es keinen palästinensischen Staat mit einer jüdischen Bevölkerung geben solle<sup>76</sup>. Für den an der Bar-Ilan University lehrenden Politologen Menachem Klein hingegen steuert der politische Interaktionsprozess auf die Balkanisierung zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan hinaus<sup>77</sup>. Ob die Zuversicht des ehemaligen französischen Außenministers Hubert Védrine zu spät kommt, eines Tages werde es Israelis und Palästinensern dämmern, dass es keine andere Lösung gebe, als die Koexistenz zu organisieren, hängt entgegen westlichen Bekundungen nicht länger von einer Zweistaatenregelung ab.

---

<sup>75</sup> Noam Sheizaf: Endgame, in „Haaretz“ 15.07.2010.

<sup>76</sup> Chemi Shalev: Leading Palestinian intellectual: We already have a one-state solution, in „Haaretz“ 05.12.2011.

<sup>77</sup> Menachem Klein: The Shift, a.a.O., S. 138.

## Belege:

### I. Deutsche amtliche Stellungnahmen und Protokolle (chronologisch):

1. Entschließungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke et al. zu der ersten Beratung des Antrags der Bundesregierung – Drucksache 16/2572 – vom 18.09.2006 (Drucksache 16/2605);

2. Europäische Kommission: Gemeinsame Mitteilung an den Europäischen Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand. Brüssel, 08.03.2011.

3. Auswärtiges Amt: Antwort von Staatsminister Dr. Werner Hoyer auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der SPD, Bundestagsdrucksache 17/5789 vom 11.05.2011;

4. Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, 111. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 26. Mai 2011;

5. Stenografischer Bericht, 118. Sitzung. Berlin, Freitag, den 1. Juli 2011;

6. Stenografischer Bericht, 121. Sitzung. Berlin, Freitag, den 8. Juli 2011;

7. Stenografischer Bericht, 125. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 9. September 2011;

8. Stenografischer Bericht, 126. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 21. September 2011, mit zu Protokoll gegebenen Reden von Peter Beyer (CDU/CSU), Wolfgang Götzer (CDU/CSU), Christian Lange (SPD), Rainer Stinner (FDP) und Kerstin Müller (Bündnis 90/Die Grünen);

9. Antrag der SPD-Fraktion: „Den Nahost-Friedensbemühungen neuen Schwung verleihen“, 28.06.2011;

10. Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Den Staat Palästina anerkennen“, 23.08.2011.

11. Auswärtiges Amt: Der Umbruch in Ägypten und Tunesien. Vorbild für die arabische Welt – eine Chance für Europa. Berlin, August 2011.

## II. Internationale Papiere (chronologisch):

1. Ruth Lapidot: Legal Aspects of the Palestinian Refugee Question. „Jerusalem Center for Public Affairs“ no. 485, 1 September 2002.

2. Palestinian National Authority: Palestine. Ending the Occupation, Establishing the State. Program of the Thirteenth Government. August 2009.

3. Rat der Europäischen Union: „Naher Osten – Schlussfolgerungen des Rates“, 2985. Sitzung des Rates. Brüssel, den 8. Dezember 2009.

4. Council of the European Union: „Middle East Peace Process – Council Conclusions“, 13.12.2010.

5. Europäische Kommission, Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik: Gemeinsame Mitteilung an den Europäischen Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: „Eine Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand“, Brüssel, 08.03.2011.

6. Office of the United Nations Special Coordinator for the Middle East Peace Process: Palestinian State-Building: A Decisive Period. Ad Hoc Liaison Committee Meeting, Brussels, 13 April 2011. Der Bericht nahm eigene

Zuordnungen vor und nannte die Sektoren „Governance“, „Rule of Law and Human Rights“, „Livelihood and Productive Sector“, „Education and Culture“, „Health“, „Social Protection“ und „Infrastructure and Water“.

7. Beschluss der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag: „Position der Fraktion DIE LINKE zum Nahost-Konflikt“, 20.04.2011.

8. Text of the Agreement Between Fatah and Hamas, in „Palestine Monitor“ 03.05.2011.

9. The White House: Remarks by President Obama on the Middle East and North Africa, 19.05.2011.

10. The White House: Remarks by the President at the AIPAC Policy Conference 2011, 22.05.2011.

11. Council of the European Union: Council Conclusions on Middle East Peace Process, Brussels, 23 May 2011.

12. The Prime Minister's Office: Speech by PM Netanyahu to a Joint Meeting of the U.S. Congress, 24.05.2011.

13. The White House: Remarks by President Obama in Address to the United Nations General Assembly, New York, N.Y., 21.09.2011.

14. „Abbas: After 63 years of an ongoing ›Nakba,‹ it is time for the Palestinians to gain their independence“ (Ansprache vor der UN-Vollversammlung am 21.09.2011), in „The Jerusalem Post“ 25.09.2011, S. 9.

15. Full transcript of Netanyahu speech at UN General Assembly, in „Haaretz“ 24.09.2011. Der Text findet sich außerdem in der „Jerusalem Post“ vom 25.09.2011, S. 8, mit der Überschrift „›Recognize the Jewish state, and make peace with us,‹ Netanyahu calls on Abbas“.

16. The Prime Minister's Office: PM Netanyahu's Speech at Opening of the Knesset's Winter Session, 31.10.2011.

17. Secretary of Defense Leon E. Panetta at the „Saban Center“ of the „Brookings Institution,“ Washington, DC, December 02, 2011.

### III. Weitere Papiere und Veröffentlichungen (chronologisch):

1. Rosenne, Meir: Understanding UN Security Council Resolution 242 of November 22, 1967, on the Middle East Conflict, via [www.defensibleborders.org/rosenne.htm](http://www.defensibleborders.org/rosenne.htm) (abgerufen 2006).

2. Blum, Yehuda Z.: The Missing Reversioner: Reflections on the Status of Judea and Samaria, in „Israel Law Review“ 3 (1968), S. 279-301.

3. Shikaki, Khalil: Palestinians Divided, in „Foreign Affairs“ January/February 2002.

4. Klug, Tony: Visions of the Endgame. A strategy to bring the Israeli-Palestinian conflict swiftly to an end. Fabian Society / Oxford Research Group, May 2009.

5. Zaghera, Abel, and Joseph de Voir: From Palestinian Authority to a Palestinian State, ed. by the „Palestine Economic Policy Research Institute“, Ramallah 2011.

6. Reiter, Yitzhak, et al.: Towards Inclusive Israeli Citizenship. A New Conceptual Framework for Jewish-Arab Relations in Israel. Points of Public Discussion. Jerusalem 2011: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

7. Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsbüro Israel: IPCRI-KAS Strategic Thinking and Analysis Team: Moving from a Virtual to a Real Palestinian State, 07.-08. April 2011.

8. Friedrich-Ebert-Stiftung: Showdown im September? Der palästinensische Gang vor die Vereinten Nationen, Juli 2011.

9. The Palestine Strategy Group: Towards New Strategies for Palestinian National Liberation. Options for Achieving Palestinian Strategic Objectives in the Light of the Breakdown of Bilateral Negotiations, August 2011.

10. Rosa Luxemburg Foundation in Palestine: One-State. Historical debate with renewed relevance – a primer, 03.11.2011.

11. Konrad-Adenauer-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Rosa Luxemburg-Stiftung, Friedrich-Naumann Stiftung für die Freiheit und Hanns-Seidel-Stiftung: An alle Abgeordneten der Knesset, 20.11.2011.

12. 33. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen, Kiel, 25.-27.11.2011: Jetzt einen Staat Palästina auf den Weg bringen – Palästina in der VN unterstützen.

13. Al-Haq: ›Land Swap‹ Agreements Under Occupation Are Illegal. Ramallah, 08.12.2011.

14. „The Israel Democracy Institute, The Gutman Center“ und „The Evens Programm in Mediation and Conflict Resolution“: Peace Index“ 15.12.2011.

#### IV. Buchpublikationen:

Beilin, Yossi: Touching Peace. From the Oslo Accords to a Final Agreement. London 1999.

Beinin, Joel: The Dispersion of Egyptian Jewry. Culture, Politics, and the Formation of a Modern Diaspora. Cairo, New York 2005.

Ben-Ami, Shlomo: Scars of War. Wounds of Peace. The Israeli-Arab Tragedy. Oxford, New York 2006.

Benvenisti, Eyal: The International Law of Occupation. Princeton and Oxford 1993.

Bernstein, Reiner: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000.

Bröning, Michael: The Politics of Change in Palestine. State-Building and Non-Violent Resistance. London and New York 2011.

Burg, Avraham: Hitler besiegen. Warum Israel sich endlich vom Holocaust lösen muss. Campus Verlag: Frankfurt am Main 2009.

Eldar, Akiva, und Amira Hass: Die Herren des Landes. Israel und die Siedlerbewegung. Frankfurt am Main 2007.

Friedman, Menachem: The Ultra-Orthodox and Israeli Society, in Keith Kyle and Joel Peters: Whither Israel? The Domestic Challenges. London, New York 1993, S. 177 ff.

Ghanem, As'ad: The Palestinian-Arab Minority in Israel, 1948–2000. Albany, N.Y., 2001.

(Israel:) Council for Peace and Security: Defensible Borders and Strategic Depth. September 2011.

Inbari, Motti: Jewish Fundamentalism and the Temple Mount. Who Will Build the Third Temple? Albany, N.Y., 2009.

Indyk, Martin: Innocent Abroad. An Intimate Account of American Peace Diplomacy in the Middle East. New York, London, Toronto, Sydney 2009.



International Crisis Group: Israel's Religious Right and the Question of Settlements. Middle East Report No 89 – 20 July 2009.

Kaufman, Edy, Walid Salem, and Juliette Verhoeven (eds.): Bridging the Divide. Peacebuilding in the Israeli-Palestinian Conflict. Boulder (CO) 2006.

Khalidi, Rashid: The Iron Cage. The Story of the Palestinian Struggle for Statehood. Boston (Mass.) 2006.

Kimmerling, Baruch: Between the Primordial and the Civil Definitions of the Collective Identity: Eretz Israel or the State of Israel?, in Erik Cohen, Moshe Lissak and Uri Almagor (eds., 1985): Comparative Social Dynamics. Essays in Honor of S. N. Eisenstadt. Boulder (CO), and London, S. 262 ff.;

Klein, Menachem: The Shift. Israel-Palestine From Border Struggle to Ethnic Conflict. London 2010.

Kurtzer, Daniel C., and Scott B. Lasansky: Negotiating Arab-Israeli Peace. American Leadership in the Middle East. Washington, DC, 2008.

Maoz, Zeev: Defending the Holy Land. A Critical Analysis of Israel's Security & Foreign Policy. Ann Arbor 2006.

Miller, Aaron David: The Much Too Promised Land. America's Elusive Search for Arab-Israeli Peace. New York 2008.

Muasher, Marwan: The Arab Center. The Promise of Moderation. New Haven & London 2008.

Nusseibeh, Sari: What Is a Palestinian State Worth? Cambridge (Mass.) and London 2011.

Palestinian National Authority: Palestine. Ending the Occupation, Establishing the State. Program of the Thirteenth Government. August 2009.

Scham, Paul, Walid Salem and Benjamin Pogrund: Shared Histories. A Palestinian-Israeli Dialogue. Jerusalem 2005.

Segev, Tom: 1967. Israels zweite Geburt. Berlin o.J.

Shamgar, Meir: The Observance of International Law in the Administered Territories, in „Israel Yearbook of Human Rights“ 262 (1971), S. 258 ff.

Shlaim, Avi: Lion of Jordan. The Life of King Hussein in War and Peace. London, New York 2008.

Steinberg, Guido: Saudi-Arabien. Politik, Geschichte, Religion. München 2004.

-----